

Friedrichstraße: Bezirksamt rast mit Ansage in die nächste Rechtsunsicherheit

„Wer für seine Politik eine Klatsche vom Gericht bekommt, sollte erstmal kleinere Brötchen backen, als mit Anlauf in die nächste Rechtsunsicherheit zu rasen.“, kommentiert Bastian Roet, Fraktionsvorsitzender der FDP in der BVV Mitte, die Ankündigung des Bezirksamtes die Teileinziehung und damit die dauerhafte Sperrung der Friedrichstraße mit offensichtlicher Eile voranzutreiben.

Das Vorgehen sowohl vom Bezirksamt als auch dem Senat zeigt auf welcher Basis hier Politik gemacht wird. Das grüne Bezirksamt ignoriert einmal mehr eine gerichtliche Entscheidung und startet den Wahlkampf mit diesem politischen Alleingang. Wider besseren Wissens versuchen Senatorin Jarasch und Stadträtin Dr. Neumann mit einem wirren Konstrukt das eigene Interesse als öffentliches Wohl zu begründen und halten die Anrainer und Nutzer der Straße aus der Diskussion heraus.

Johanna Koch, wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, beklagt, dass das ursprüngliche Ziel einer Flaniermeile mit Flair und wirtschaftlichen Perspektiven für Gastronom und Handel seit drei Jahren konsequent ignoriert wird: „Als Freie Demokraten standen wir dem Projekt zu Anfang positiv gegenüber und haben die Chance gesehen hier ein attraktives Zentrum zu entwickeln. Was dann kam, war ein Desaster. Senat und Bezirksamt sehen die Friedrichstraße als Spielplatz für ihre einseitige Verkehrspolitik und ignorieren die Wirtschaft vor Ort. Von einer Gesamtkonzeption, die beide Bereiche in Einklang bringt, ist weit und breit nichts zu sehen.“

Anstelle von Experimenten auf juristischem mehr als dünnem Eis fordert die FDP-Fraktion Vernunft und eine Stadtpolitik, die alle Interessen einbezieht. Laut Paragraph 4 des Berliner Straßengesetzes kann eine öffentliche Straße dann eingezogen werden, wenn sie für den öffentlichen Verkehr nicht mehr benötigt wird.

„Wie dieses ohne wirklich funktionierendes Verkehrskonzept des umliegenden Bereichs rechtssicher begründet werden soll, ist mir schleierhaft. Interessen außerhalb der eigenen Ideologie finden bei den handelnden Grünen keine Berücksichtigung. Das falsche Spiel der Stadträtin, ihren blinden Kampf gegen das Auto und die individuelle Fortbewegungsfreiheit mit dem Allgemeinwohl zu begründen, muss ein Ende haben.“, so Bastian Roet abschließend.